



KINDERFREUNDLICHE KOMMUNEN

Eine Initiative von

unicef 
für jedes Kind

 Deutsches
Kinderhilfswerk

Infobrief Kinderfreundliche Kommunen e.V.

November 2018

Liebe Interessierte,

zum letzten Mal in diesem Jahr möchten wir Sie auf Neuigkeiten und spannende Ereignisse aufmerksam machen und nutzen gleich die Gelegenheit, einen Hinweis auf unsere erste Jahrestagung am 14.12.2018 zu geben: Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend tagen wir zum Thema Kinderrechte im Verwaltungshandeln und freuen uns auf die vielen Berichte aus unseren Kommunen.

Vor allem bei der Änderung in der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg, von der wir hier kurz berichten, sind wir auf die Tragweite gespannt, die der neue Paragraph zur pflichtigen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auslösen wird.

Auch können wir Ihnen wieder einen spannenden Bericht aus Kiew präsentieren. Dieses Mal war einer unserer Sachverständigen, Prof. Dr. Waldemar Stange, für Kinderfreundliche Kommunen e.V. dort und lässt Sie mit seiner Darlegung an seinen facettenreichen wie informativen Eindrücken teilhaben. Ihn und Ulrike Kieninger stellen wir außerdem in ihren Funktionen als Sachverständige für Kinderfreundliche Kommunen e.V. vor.

Inhaltsverzeichnis

Internationales

· [Kurzbericht zur Teilnahme von Prof. Dr. Waldemar Stange an einer Veranstaltung für Kinderfreundliche Kommunen in Kiew](#)

Neues aus den Kommunen

· Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der [Kommunalverfassung des Landes Brandenburg](#)
· [Drei neue Kommunen im Verfahren](#)

Personalien

· [Vorstellung der Sachverständigen Ulrike Kieninger und Prof. Dr. Waldemar Stange](#)

Neues aus dem Verein

· [Dialogforum in Remchingen](#)
· [Artikel in unserem Fachportal](#)

Falls Sie diesen Newsletter fälschlicherweise erhalten haben bzw. den **Newsletter nicht mehr erhalten wollen**, schreiben Sie bitte eine Mail an info@kinderfreundliche-kommunen.de

Kurzbericht zur Teilnahme des Professors Dr. Waldemar Stange an einer Veranstaltung für kinderfreundliche Kommunen in Kiew

Vom 9. bis 10.8.2018 fand in Kiew ein Workshop statt, der gemeinsam von UNICEF Ukraine und dem ukrainischen Landesjugendrat organisiert und verantwortet wurde. Es handelte sich um das Training der ersten Gruppe von Gemeinden, die an der Initiative Child- and Youth Friendly Cities teilnehmen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit unterschiedlichsten Statements zum Thema – u.a. von UNICEF, den Ministerien für Sozialpolitik, für Regionalentwicklung, für Jugend und Sport der Ukraine, dem allukrainischen Verband der lokalen Selbstverwaltungsorgane „Verband der ukrainischen Städte“ und dem nationalen Jugendrat der Ukraine. Weiterhin ging es um die Verfahren und Prinzipien im Prozess des Statuserwerbs (Situationsanalyse), die Entwicklung der Aktionspläne, das Monitoring und die Evaluierung (Kriterien für die Gewährung des Status) und die Präsentation von Best-Practice-Beispielen durch die Vertreter_innen der Städte und Gemeinden der Ukraine.

Deutscher Beitrag über Möglichkeiten der Beteiligung in den Kommunen

Eine zentrale Einheit am zweiten Tag bildete der Beitrag von Professor Dr. Waldemar Stange und Jan Stange von der Leuphana Universität Lüneburg. Thematisch ging es um die Möglichkeiten der Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Gestaltung einer kinderfreundlichen Kommune.

Professor Stange präsentierte diesen wichtigen Baustein der Veranstaltung mit einem Mix aus Filmausschnitten und interaktiven Übungen. Zunächst ordnete er das Thema in aller Kürze begrifflich und systematisch. Dann folgte eine Diashow mit Best-Practice-Modellen aus Deutschland. Auf besonderes Interesse bei den Teilnehmenden stießen die Beteiligungsformate – Strategien und Methoden – die sich hier zu Lande herausgebildet haben.

Die von Jan Stange medial aufbereiteten Beteiligungsformate reichten von der Projektmethode bis hin zu repräsentativen Formaten. Insbesondere die Einbindung von Kinder- und Jugendparlamenten wurde sehr positiv aufgenommen. In der Ukraine stehen derzeit Überlegungen an, landesweit – zumindest – Jugendräte einzuführen. Professor Stange zog in diesem Zusammenhang eine aktuelle deutsche Studie heran, die er vor kurzem zusammen mit Prof. Dr. Roland Roth für den deutschen Staatenbericht an die Vereinten Nationen (UN) erstellt hat. Hilfreich waren die Ergebnisse der Studie, mit denen die strukturellen Voraussetzungen hervorgehoben wurden, die für eine effektive Arbeit mit diesem Format notwendig sind.

Zwei Länder – eine Mission

Die Vielfalt der Beteiligungslandschaft in Deutschland hinterließ bei den Teilnehmenden einen großen Eindruck – obwohl wir in unseren Kommunen selbst oft genug nicht zufrieden sind – und wurde als wichtige Anregung für die Weiterentwicklung von Partizipationsstrukturen angenommen. Professor Stange stand im Gespräch mit den Teilnehmenden vor der Schwierigkeit, Anregungen und Beispiele auf einen anderen kulturellen und politischen Kontext zu übertragen. Einen großen Unterschied stellt hierbei unsere Gesellschaft dar. Während wir in Deutschland auf eine breite Zivilgesellschaft aufbauen können, mit ihrem großen Anteil an Vereinen und einer langen Tradition von Ehrenamtlichkeit (usw.), ist diese in der Ukraine praktisch nicht sichtbar, weil nahezu alle Bereiche von staatlichen Strukturen durchzogen sind. Professor Stange war es besonders wichtig, bei seinen Entgegnungen nicht in einen Duktus der „Besserwisserei“ zu verfallen, sondern Möglichkeitsräume zu öffnen, die selber gestaltet werden können und die auf moderate Weise Übertragungsmöglichkeiten aufzeigen. Dass dieser Spagat offenbar gelungen ist, zeigten die vielen Fragen und intensiven Diskussionen. Dabei haben die Teilnehmenden auch erste spannende ukrainische Beispiele in die Debatte geworfen.

Abschließend lässt sich sagen, dass die Inhalte und das ungewöhnliche Präsentationskonzept des Beitrags aus Lüneburg bei den Teilnehmenden auf große Begeisterung stieß. Ein überwältigender Schlussbeifall bestätigte den Erfolg.



Fortsetzung und Vernetzung

Alle Beteiligten waren sich einig, dass diese Kooperation fortgesetzt werden sollte und dass vor allem auch die deutschen Erfahrungen in Bezug auf Qualifizierungen für die Akteur_innen des Kinderfreundliche Kommunen e.V. und der Partizipation von Kindern und Jugendlichen von besonderem Interesse seien, zum Beispiel Trainings für Prozessmoderator_innen, Qualifizierung von kommunaler Verwaltung, Jugendtrainings, Trainer_innenausbildungen. Der ukrainische Landesjugendrat hat hier bereits erste Initiativen ergriffen.

Die Delegation aus Lüneburg hat die Teilnahme an dieser Veranstaltung von UNICEF Ukraine und dem Landesjugendrat nicht nur inhaltlich als lehrreich empfunden, sondern sie war auch überwältigt von der tiefen Gastfreundschaft der Ukrainer_innen und der schönen Stadt Kiew. Die Gastgeber_innen hatten ein vielfältiges touristisches Rahmenprogramm zusammengestellt, das auch die politische Situation im Land aufgriff und den Majdan in seiner historischen Dimension spürbar werden ließ.

Sachverständig für Remchingen: Ulrike Kieninger



Ulrike Kieninger ist Diplomsozialpädagogin mit einer Ausbildung in Verwaltung und Umweltpädagogik. Seit vielen Jahren ist sie für die Kinderbeteiligung in Stuttgart zuständig und engagiert sich seit 2015 mit der IG Kinderbeteiligung auch in stadt- und landesweiten Netzwerken.

Von Stuttgart aus empfindet sie den Perspektivwechsel zwischen ihrem großstädtischen Wohnsitz und der kleinen, von ihr begleiteten, Kommune Remchingen besonders spannend. Dort gefällt ihr vor allem der persönliche Kontakt zur Verwaltungsspitze und der unvorbelastete Blick von außen.

„Partizipation von Kindern und Jugendlichen lag mir als Arbeitsfeld schon immer am Herzen“, sagt sie in der Hoffnung und Erwartung, dass generell sowohl der Bekanntheitsgrad als auch das Selbstverständnis der Kinderrechte einen erheblichen Zuwachs verzeichnen wird. „Ich erhoffe mir, dass es auch in Stuttgart mit dem Prozess Kinderfreundlichen Kommune in allen oberen Verwaltungsreihen ankommen wird.“

www.kinderbeteiligung-stuttgart.de

Sachverständig für Wedemark: Prof. Dr. Waldemar Stange



Prof. Dr. Waldemar Stange ist als Seniorprofessor in der Bildungsforschung an der Leuphana Universität Lüneburg. Er war der erste Vorsitzende der Kinderkommission des niedersächsischen Landtages. Zurzeit arbeitet er am Forschungsprojekt „Repräsentative Beteiligungsformate“ für das DKHW.

Er wurde mit Beginn des Vorhabens „Kinderfreundliche Kommunen“ in die Sachverständigenkommission berufen. „Ich habe als Sachverständiger im Vorhaben bisher sehr viel gelernt und finde den Ansatz, nicht nur ein Siegel zu vergeben, sondern die Kommune im Prozess zu begleiten, besonders gut.“

Am Beispiel der kinderfreundlichen Stadt Potsdam hat er neulich ein Seminar zur Kinderfreundlichkeit von Kommunen durchgeführt. „Ich finde die Idee des Gesamtkonzeptes besonders gut: „Kinderfreundliche Kommunen“ ist kein kurzfristiges Highlight-Projekt, sondern es nimmt alle Themen von Kindern und Jugendlichen in den Blick. In der Wedemark staunte ich über den persönlichen Bezug des Bürgermeisters, der selbst im Jugendparlament war.“

Besuchen Sie unser [Fachportal!](#)

Hier finden Sie kommentierte fachliche Sachverhalte, Interviews und Erfahrungsberichte rund um das Thema Kinderrechte auf kommunaler Ebene. Sowohl unsere Sachverständigen als auch Entscheider_innen aus den teilnehmenden Kommunen veröffentlichen regelmäßig Beiträge. Das Fachportal ist ein digitaler Think Tank, der die wissenschaftliche Theorie mit der angewandten Kommunalpolitik verbindet.

Meilensteine auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune (Serie im Fachportal: 1. Teil)

Ein Fachbeitrag von Prof. Dr. Roland Roth

Mit der UN-Kinderrechtskonvention wurden zentrale Prinzipien und Normen zur Berücksichtigung der Kinderrechte formuliert. Leider sind sie in vielen Unterzeichnerstaaten nur unzulänglich rechtlich verankert – auch in Deutschland. Das soll sich nun ändern. Der Entwurf des Koalitionsvertrags 2018 sieht vor, Kinderrechte ins Grundgesetz aufzunehmen. Aber selbst wenn sie in Zukunft größere Rechtsverbindlichkeit erlangen, ist deren praktische Umsetzung eine permanente Aufgabe an allen Orten, wo Kinder leben. Gefordert sind allen voran Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik.

Kinderrechte im Alltag leben

Maßstab für alle Schritte zu einer kinderfreundlichen Kommune sind die Kinderrechte, wie sie in der auch von Deutschland unterzeichneten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen festgehalten sind. Zentral geht es um die lokale Umsetzung der Selbstverpflichtung der Unter-

zeichnerstaaten, dem Kindeswohl in allen öffentlichen Angelegenheiten Vorrang einzuräumen und dies durch die Verknüpfung von Beteiligung, Fürsorge und Schutz zu verwirklichen. Kommunen kommt dabei eine wichtige Rolle zu, denn sie prägen den Alltag von jungen Menschen...

Lesen Sie hier die [Fortsetzung des ersten Meilensteins auf dem Weg zur Kinderfreundlichen Kommune](#)

Analoge Welt vs. Cyberspace

Ein Smartphone ersetzt das Erleben

Ein Fachbeitrag von Oggi Enderlein

Jedes Jahr werden auf der Spielwarenmesse neue Produkte vorgestellt, von denen die Entwickler hoffen, dass Kinder sie unbedingt haben möchten, oder dass die verantwortlichen Erwachsenen sie aus pädagogischen Gründen kaufen werden. Die Frage ist, ob die angebotenen Spielsachen wirklich die Belange der Kinder betreffen.

[weiterlesen](#)

Kinderbeteiligung – ein wichtiger Schritt zur Kinderfreundlichen Kommune

Ein Plädoyer für Kinderbeteiligung von Ulrike Kieninger

Kinderbeteiligung lohnt sich!

Kinder sind weder besser noch schlauer als Erwachsene, sie sind einfach anders. Sie sehen die Welt aus ihrer Augenhöhe, einer anderen Perspektive, als die der Erwachsenen.

Sie sind Experten in eigener Sache, kennen ihr Umfeld, wissen wo und was sie gerne machen, was ihnen nicht gefällt und womit sie Probleme haben.

[weiterlesen](#)

[Hier gelangen Sie direkt zu unserem Fachportal.](#)



Drei neue Kommunen im Verfahren

Unser Verfahren ist in den letzten Monaten um drei Kommunen reicher geworden: Die brandenburgische Stadt Nauen, die hessische Kommune Eltville und die nordrhein-westfälische Gemeinde Weilerswist haben sich auf den Weg zur Kinderfreundlichen Kommune gemacht.

Nauen

Am 17. August unterzeichnete Bürgermeister Manuel Meger die Vereinbarung zur Zusammenarbeit seiner Kommune Nauen mit unserem Verein. Die Nauener Jugendkoordination und der Jugendrat der Stadt bieten eine gute Grundlage, um Interessen der Kinder und Jugendlichen weiter zu stärken und nachhaltig in der städtischen Verwaltung zu verankern. Nauen liegt im Havelland und in direkter Nachbarschaft zur Bundeshauptstadt Berlin.



Manuel Meger und Dr. Heide-Rose Brückner

Eltville

Eltvilles Bürgermeister Patrick Kunkel unterschrieb am 6. September die Vereinbarung. Die Wein- und Rosenstadt bietet mit ihrer Lage am Rhein und Nähe zur Landeshauptstadt Wiesbaden ein attraktives Wohnumfeld für junge Bürger_innen. Die Jugendpflege organisiert bereits zahlreiche interessante Projekte für die Eltviller Kinder und Jugendlichen – durch die Teilnahme an unserem Verfahren sollen ihre Position gestärkt und ihre Aktivitäten verstärkt werden.



Patrick Kunkel und Dr. Heide-Rose Brückner

Weilerswist

Die Vereinbarungsunterzeichnung mit der 20. Kommune in unserem Verfahren „Kinderfreundliche Kommune“ fand am 24. September statt. Anna-Katharina Horst, Bürgermeisterin von Weilerswist, bekannte sich damit zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auf Ebene ihrer Gemeinde. Sie betonte, wie wichtig ihr vor allem die Beteiligung der Weilerswister Kinder und Jugendlichen sei.



Vereinbarungsunterzeichnung in Weilerswist

Wir freuen uns, dass drei so unterschiedliche und interessante Neuzugänge den Kreis unserer kinderfreundlichen Kommunen begeistern. Auf eine gute Zusammenarbeit!

Dialogforum in Remchingen

Am 25. und 26. September fand unser halbjährliches Dialogforum statt. Diesmal waren wir zu Gast im baden-württembergischen Remchingen. Das Format ist ein Austauschtreffen aller Kommunen in unserem Verfahren: Unsere kommunalen Ansprechpartner_innen stellen die Fortschritte ihrer Städte und Gemeinden vor, Erfahrungen werden geteilt und daraus Hilfestellungen für andere Kommunen abgeleitet.

Die Vertreterinnen von Dormagen, Kürten, Eltville und Nauen präsentierten erstmals ihre Kommunen in diesem Kreis und konnten aus Kommunen, die bereits länger im Verfahren sind, nützlichen Input mitnehmen.



Das Fokusthema unseres elften Dialogforums war die digitale Kinder- und Jugendbeteiligung. Digitalisierung stellt eine große Herausforderung unserer Zeit dar – uns ging es darum, sie auch als eine Chance zu begreifen, durch die konventionelle Beteiligungsformen ergänzt werden können. Ein Referent der baden-württembergischen Landeszentrale für politische Bildung lieferte hier sachdienliche Informationen und Praxistipps; außerdem konnten sich die Kommunen über eigene Erfahrungen mit digitaler Kinder- und Jugendbeteiligung austauschen.

In vier Denkfabriken diskutierten wir mit unseren kommunalen Ansprechpartner_innen diverse Aspekte des Verfahrens „Kinderfreundliche Kommunen“. Solche offenen Gesprächsformate unterstützen unsere Kommunen und uns dabei, das Vorhaben immer weiter zu verbessern und mit den Bedürfnissen aller Beteiligten abzugleichen.

Insgesamt erlebten wir zwei inhaltlich dichte und spannende Tage, aus denen alle Teilnehmer_innen frische Ideen und neue Energie mitnehmen konnten. Bedanken möchten wir uns bei unseren Gastgeber_innen in Remchingen: die Kommune stemmte nicht nur viele organisatorische Aufgaben für das Dialogforum, wir erhielten auch einen lebendigen Eindruck von der alltäglichen Arbeit unserer lokalen Ansprechpartnerin, Michaela Ungerer, und wurden authentisch und umfänglich bewirtet.

Wir freuen uns auf das nächste Dialogforum!

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Kommunalverfassung der Landes Brandenburg

§18a hat großes Potenzial

Der Landtag Brandenburg hat im Juni dieses Jahres die Aufnahme der pflichtigen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in die Kommunalverfassung im §18a beschlossen. Damit werden Brandenburger Kommunen zukünftig verpflichtet, Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen zu beteiligen, die ihre Interessen berühren. In der Hauptsatzung wird bestimmt, welche Formen zur Mitwirkung geschaffen werden und dass auch hier die Kinder und Jugendlichen an der Entwicklung der Formen angemessen zu beteiligen sind. Wie die Beteiligung durchgeführt wurde, soll die Gemeinde in angemessener Weise vermerken.

Diese Festlegungen sind von großer Bedeutung für die Umsetzung der Kinderrechte. Gerade für die im Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention benannten Beteiligungsrechte gibt es die Chance, Kindern und Jugendlichen eine wirkliche Mitwirkung zu ermöglichen. Wir sind gespannt, wie die Kommunen in unserem Verfahren „Kinderfreundliche Kommunen“ – Potsdam, Senftenberg und Nauen – diese Chance nutzen.